



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
des Vorsitzenden der Kommission Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz,
Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg),
beim Pressegespräch zur Initiative
„Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen: Ägypten“
am 29. November 2012 in Berlin

1. Das Recht der freien und ungehinderten Ausübung der Religion wird nach wie vor vielen Menschen dieser Welt vorenthalten. Es wird nicht umgesetzt, umgangen oder unter Vorbehalte gestellt. Menschen werden um ihres Glaubens willen verfolgt, ausgegrenzt oder bedrängt. Das berührt uns Christen zutiefst und fordert uns heraus. Denn die Freiheit der Religionsausübung ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die Würde des Menschen zu garantieren, zu der unabdingbar dazugehört, „die Wahrheit, besonders in dem, was Gott angeht, zu suchen, die erkannte Wahrheit aufzunehmen, zu bewahren und entsprechend zu leben“, wie das Zweite Vatikanische Konzil hervorgehoben hat (vgl. Erklärung „Dignitatis Humanae“ über die Religionsfreiheit, 1).
2. Die Freiheit, in Verantwortung vor dem eigenen Gewissen nach der Wahrheit zu streben und offen in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten für diese Wahrheit einzutreten, nimmt zunächst jeden Staat in die Pflicht. Alle Staaten sind verpflichtet, die Freiheit in religiösen Dingen zu respektieren, zu schützen und das Individuum in seiner Wahrheitssuche zu fördern. Respekt, Schutz und Gewährleistung von Religionsfreiheit ist die „Pflichtentrias“, die den Staaten obliegt. So ist es auch in den internationalen Verträgen des Menschenrechtsschutzes festgelegt, die von den allermeisten Staaten der Welt unterzeichnet worden sind. Dennoch werden sie oft missachtet.
3. Die Kirche und die Christen setzen sich für die Religionsfreiheit aller Menschen ein. Unsere Glaubensgeschwister dürfen und müssen uns aber besonders am Herzen liegen. Die Christen, die in verschiedenen Teilen der

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Welt unter schweren Bedingungen ihren Glauben leben, können von uns erwarten, dass wir uns ihren Sorgen öffnen und deutlich auf ihre Nöte hinweisen. So hat die Deutsche Bischofskonferenz vor zehn Jahren die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ ins Leben gerufen. Wir wollen damit die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und auch der Gesellschaft auf jene Christen lenken, die aufgrund von Bedrängung oder Verfolgung besonders auf unser Gebet und unsere Unterstützung angewiesen sind. Wir müssen ihnen unsere Stimme geben und ihnen Gehör verschaffen.

4. Bedrängung, Diskriminierung und Verfolgung von Christen kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Die Methoden der Unterdrückung variieren von Region zu Region, von Land zu Land und von Zeit zu Zeit. Gleichwohl lassen sich Muster der Missachtung der Religionsfreiheit feststellen. Welche? Vor allem drei:

- 4.1 Mancherorts handelt es sich um politische Systeme, die eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber jedweder Religion einnehmen. Nordkorea gehört zum Beispiel dazu. In sogenannten „atheistischen Staaten“, die Religion als „Opium für das Volk“ betrachten, versuchen die Machthaber, die Religionen und jedes religiöse Leben mit allen Möglichkeiten zu unterdrücken. Aus solchen Ländern erreichen uns immer wieder Berichte über gewaltsame Übergriffe auf Priester und gläubige Laien.

- 4.2 Eine andere Form der Unterdrückung oder Verfolgung von Christen erfolgt dann, wenn die Anhänger der Mehrheitsreligion die Angehörigen von Minderheitsreligionen bedrängen. Die vom religiösen *Mainstream* abweichenden Gruppierungen werden als „fremd“ denunziert und betroffene Menschen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte behindert. Diese Praxis ist vielfältig bekannt. Prominent war in den vergangenen Jahren das Aufflackern des Hindu-Nationalismus in manchen indischen Bundesstaaten, der sich gleichermaßen gegen Moslems wie Christen richten konnte.

In solchen Fällen greifen die Regierungen oft nicht ein, weil sie aus politischen Erwägungen sich mit der stärkeren Religionsgemeinschaft verbünden. Dazu gehören die Attacken auf Christen oder andere Religionen durch scheinbar spontan versammelte Volksmengen oder lokale Polizeieinheiten, bei denen die Täter straffrei ausgehen – oder die Schuld gar bei Christen selbst gesucht wird, die durch ihre Andersartigkeit provoziert hätten. Kirchen werden in Brand gesteckt und Menschen vertrieben. Geltendes Recht wird nicht umgesetzt. Nicht nur in Indien, sondern auch in Indonesien und Pakistan sind im vergangenen Jahr Fälle religiös motivierter Gewalt dokumentiert worden, mit steigender Tendenz.

- 4.3 Die dritte Ursache für Unterdrückung und Verfolgung von Christen ist die Botschaft des Evangeliums selbst und das Leben der Christen. In einigen Ländern, insbesondere Lateinamerikas, wird christlich motiviertes Engagement für gerechte und bessere Lebensbedingungen von zum Teil sogar staatlich geduldeten Todesschwadronen

bedroht. Der Informationsdienst „Fides“ hat für das Jahr 2011 eine Übersicht veröffentlicht, wonach in Mittel- und Südamerika 15 Priester, Ordensleute beziehungsweise pastorale Mitarbeiter ermordet wurden – mehr als doppelt so viele wie in allen anderen Erdteilen zusammen. Die Zahl der Priester und Bischöfe, die wegen ihres christlichen Einsatzes für den Nächsten mit dem Tode bedroht werden, wächst Jahr um Jahr.

5. Bei der Entstehung und Verfestigung von Situationen der Verfolgung und Diskriminierung greifen verschiedene Tendenzen ineinander.

- Mancherorts steht die herrschende *Staatsreligion oder Staatsdoktrin* hinter der Verfolgungs- und Diskriminierungspraxis. Der Staat ist nicht bereit, andere Überzeugungen und Lebensstile neben einer herrschenden Ideologie zuzulassen. Die Sorge um den eigenen Vormachtsanspruch der herrschenden Partei führt zu Repressionen, unter denen Christen und andere Religionen leiden müssen.
- *Gesellschaftliche Ressentiments* gegen eine als übermächtig empfundene sogenannte „westlich-christliche Kultur“ gewinnen insbesondere in islamisch geprägten Staaten zunehmend an Boden. Die für Attentate, Morde und Zerstörungen verantwortliche islamistische Sekte Boko Haram in Nigeria will den westlichen und christlichen Einfluss in Afrika ausrotten. Der Name Boko Haram bedeutet: „Westliche Erziehung ist verboten“.
- *Gesetzliche Regelungen* können gezielt eingesetzt werden, um sowohl Christen als auch Angehörige anderer Minderheiten oder auch einfach unliebsame Nachbarn einzuschüchtern, zu diskreditieren oder gar mit dem Tode zu bedrohen. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn in islamisch geprägten Staaten über der staatlichen Gesetzgebung die Scharia steht. Dann bedeutet die Konversion vom Islam zum Christentum ein großes Problem; der Religionswechsel kann sogar die Todesstrafe nach sich ziehen. In solchem Kontext werden auch Blasphemieverbote genutzt, um Christen einzuschüchtern.
- Verfolgung von Christen und anderen Religionsangehörigen entsteht auch dann, wenn das Gewaltmonopol des Staates nicht wahrgenommen wird oder greift. Seit längerem ist ein Trend zur *Privatisierung von Gewalt* zu beobachten. Rebellen Gruppen überziehen viele Länder mit Gewalt und verunsichern die Menschen. Die Zentralregierung ist oft nicht in der Lage oder nicht willens, einer kleinen Gruppe von gewaltbereiten Aktivisten wirksam entgegenzutreten. Die Berichte aus Nigeria und dem Sudan führen uns die schrecklichen Folgen für die Christen vor Augen, die durch religiös aufgeladene Gewalt entstehen.

6. Mit der diesjährigen Solidaritätsinitiative richten wir den Blick auf die Lage der Christen in Ägypten. Der Wandel dort wurde auch bei uns mit großem Interesse verfolgt und war mit hohen Erwartungen beladen. Inzwischen aber nehmen die Besorgnisse um die Christen in den Ländern des „Arabischen Frühlings“ zu. Manche schlimmen Vorfälle haben den Weg in unsere deutschen Zeitungen gefunden. Es scheint, als gehörten die Christen bislang nicht zu den Profiteuren der neuen Freiheit. Erst vor wenigen Tagen haben wir davon erfahren, dass sich die christlichen Kirchen in Ägypten nicht mehr an der Verfassungsversammlung beteiligen werden. Einmal mehr wurde uns damit vor Augen geführt, wie groß die Unsicherheit der Christen in Ägypten geworden ist. Zur gegenwärtigen Situation wird Bischof Kyrillos Samaan uns gleich aus erster Hand berichten.

7. Menschenrechte nehmen zuerst die *Regierungen* in die Pflicht, die die Adressanten der Menschenrechtskataloge sind. Deutsche Regierungsmitglieder und Parlamentarier des Bundestages haben wiederholt bei Besuchen in Ägypten, China, Pakistan und anderswo gegenüber den dortigen Behörden darauf hingewiesen, wie wichtig die umfängliche Gewährleistung von Religionsfreiheit für den Aufbau einer wahrhaft freien Gesellschaft ist. Wir sind dankbar dafür, dass es in unserem Land einen breiten Konsens darüber gibt, dass Diskriminierung und Verfolgung um des Glaubens willen nicht sein dürfen. Die Achtung der Religionsfreiheit, die den innersten Kern menschlicher Grundüberzeugungen berührt und auf der Menschenwürde ruht, ist nicht willkürlichen Entscheidungen von Regierungen anheim gestellt. Wie gesagt, seit einigen Jahren setzt sich die deutsche Politik auch im Ausland nachdrücklich für die verfolgten und bedrängten Christen ein. Dafür sind wir sehr dankbar. Andere europäische Staaten und auch die EU sollten diesem guten Beispiel folgen.
Für mehr Religionsfreiheit muss auch der interreligiöse Dialog noch mehr verstärkt werden, damit wir als Religionsgemeinschaften uns gegenseitig schützen.

8. Die Broschüre, die wir heute vorstellen, will Bewusstsein wecken und die Wahrnehmung schärfen für die schwierige Situation, in der unsere Geschwister vielerorts, besonders in Ägypten, ihren Glauben leben. Den Christen in unserem Land rufen wir die Verpflichtung in Erinnerung, sich im Gebet und auch materiell für jene Mitchristen einzusetzen, die in Not und Bedrängung leben. Neben Sachinformationen zur Lage der Christen in Ägypten finden sich daher in der Arbeitshilfe biblische Betrachtungen und Gebete. Die geistliche Dimension des Beistands zu betonen und den Christen in Deutschland ans Herz zu legen, ist unser ureigener Auftrag und ein wichtiger Ausdruck der Solidarität und Verbundenheit mit den Christen in Ägypten.
Am 2. Weihnachtsfeiertag, dem Stephanustag, soll in allen katholischen Kirchen für die verfolgten und bedrängten Christen gebetet werden.

9. Zum Schluss möchte ich noch einmal hervorheben und bekräftigen, dass die Kirche sich für die freie Religionsausübung *aller* Menschen gleich welchen Bekenntnisses einsetzt.

Die Religionsfreiheit gilt unter den Menschenrechten mit guten Gründen als ein „Gipfel aller Freiheiten“ (Papst Benedikt XVI.). Mit Papst Benedikt bekräftigen wir die feste Überzeugung, dass „die Wahrheit nur in Freiheit erkannt und gelebt werden kann; denn wir können dem anderen die Wahrheit nicht aufzwingen. Nur wenn wir einander in Liebe begegnen, enthüllt sich die Wahrheit“ (Nachsynodales Apostolisches Schreiben „Ecclesia in medio oriente, 27).